

STELLUNGNAHME

26. September 2017



Stellungnahme der ijgd zum Einzug der AfD in den Bundestag

Angesichts des Einzugs der AfD in den Deutschen Bundestag am vergangenen Sonntag betonen die Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd) die dringende Notwendigkeit der Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft. Das oberste Ziel müsse nun sein, gesellschaftliche Vielfalt und Solidarität zu fördern und zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken, erklärte Jana Wolfrum, 1. Vorsitzende des Vereins, in Reaktion auf die Wahlergebnisse heute in Berlin. „Die erstarkten rechtsextremen Kräfte in Deutschland und Europa gefährden unsere Demokratie und den europäischen Zusammenhalt.“

Das ehrenamtliche Engagement vieler tausender Freiwilliger leiste einen wichtigen Beitrag zum Erhalt einer freien und offenen Gesellschaft, so Wolfrum weiter. In Freiwilligendiensten übernehmen junge Menschen Verantwortung, gestalten demokratische Prozesse mit, erfahren Wertschätzung und merken, dass sie selbst etwas bewegen können. Die Begegnungen zwischen Menschen mit vielfältigen sozialen und religiösen Hintergründen fördere ihre Toleranz und das Verständnis füreinander. Durch interkulturellen Austausch in internationalen Freiwilligendiensten würde nicht nur Europa gestärkt, sondern auch weltweit eine Kultur der Verständigung gepflegt.

Gleichzeitig bekräftigten die ijgd ihre klare Ablehnung des Welt-, Gesellschafts- und Menschenbildes der AfD, das sich nicht nur im Parteiprogramm, sondern gerade auch in den gezielten Provokationen der rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräfte innerhalb der AfD-Führungsriege ausdrücke. Alexander Gauland, Spitzenkandidat der AfD, forderte kürzlich eine Neubewertung der Taten der deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg. „Wir sind uns sicher, dass die Gründungsgeneration der ijgd, die zum Teil selbst der Wehrmacht angehörte, dem vehement widersprochen hätte. Die Gründungsmitglieder bauten aufgrund ihrer Erlebnisse im Zweiten Weltkrieg eine Organisation auf, die zukünftige Generationen vor einer Wiederholung bewahren sollte“, erklärte Wolfrum.

Die AfD stünde mit ihren rechtspopulistischen Positionen im direkten Gegensatz zu den Zielen und den Arbeitsgrundsätzen der ijgd, wie zum Beispiel Antirassismus, Antidiskriminierung und Geschlechtergerechtigkeit. Damit nicht vereinbar sei auch das Beharren der AfD auf dem klassischen Familienbild „Vater, Mutter, Kinder“ und der binären Geschlechterordnung. Es werde daher keinerlei Zusammenarbeit der ijgd mit der AfD geben. „Wer Menschen jagen will, wie es Gauland in einer ersten Reaktion auf das Wahlergebnis äußerte, steht für uns außerhalb des demokratischen politischen Spektrums, in dem wir unsere Arbeit verorten“, so Wolfrum.

Die Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd) organisieren und vermitteln seit 1949 Freiwilligendienste im In- und Ausland. Ziel ist insbesondere die Förderung internationaler Begegnungen junger Menschen unterschiedlicher sozialer Schichten, Religionen und Weltanschauungen aus vielen verschiedenen Ländern. Die ijgd sind ein gemeinnütziger Verein, der parteipolitisch und kirchlich unabhängig ist. Gefördert durch öffentliche Mittel begleiten die ijgd jährlich mehr als 5000 Teilnehmende in langfristigen und kurzfristigen Freiwilligendiensten in Deutschland, Europa und weltweit.

Pressekontakt: Klara Bitzer - 030/6120313-921 - klara.bitzer@ijgd.de

ijgd Berlin - Bundesöffentlichkeitsarbeit - Glogauer Straße 21 - 10999 Berlin - www.ijgd.de